

## Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung März 2017

### TOP 1 (a+b)

(a) Die Fraktion DIE LINKE hat eine Aktuelle Debatte beantragt, in der das Themengebiet „Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung“ diskutiert werden soll. Die vom Bundeskabinett verabschiedete Rentenreform zur Anpassung der Renten in Ost- und Westdeutschland sei aus Sicht der antragstellenden Fraktion kritikwürdig und sollte daher im Landtag diskutiert werden.

(b) Der von Bundesministerin Andrea Nahles vorgestellte 7-Stufen-Plan zur Angleichung der Renten dauere entschieden zu lange, befindet die Fraktion DIE LINKE. Die Angleichung müsse zügiger erfolgen. Aus diesem Grund bringt sie einen Antrag in den Landtag ein, durch den die Landesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, die vollständige Angleichung des Rentenwertes in Ostdeutschland an das Westniveau bis zum 1. Januar 2018 vorzunehmen.

### TOP 2

Noch immer sei der Frauentag am 8. März Auftrag, die Rechte von Frauen und die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter voranzubringen, erklärt die SPD-Fraktion. Ein am 6. Februar 2017 vom Ausschuss des Europäischen Parlaments für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter verabschiedeter Bericht mache deutlich, dass es insbesondere in den Bereichen Beschäftigung und Löhne Handlungsbedarf gebe. Um das Thema weiter zu erörtern, hat die SPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt.

### TOP 3

Durch einen Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich gegenüber den gesetzgebenden Organen auf Bundesebene gegen Erleichterungen der Einbürgerung von Ausländern einzusetzen und Bestrebungen zur Erweiterung des Wahlrechtes von Ausländern entgegenzutreten.

### TOP 4

In einer von den Ländern Thüringen, Berlin und Brandenburg in den Bundesrat eingebrachten Entschließung wird sich für die Verbesserung der Versicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung von Solo-Selbstständigen eingesetzt. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, noch in dieser Legislaturperiode dem Bundesrat einen Bericht vorzulegen, in dem der Istzustand dargestellt werden soll. Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Antrag ein, durch den sich die Landesregierung an dieser Entschließung beteiligen soll.

### TOP 5

Auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll sich der Landtag für bundesweit einheitliche Netzentgelte aussprechen, da diese Voraussetzung einer gerechten Lastenverteilung der Energiewende seien und insbesondere in Ostdeutschland Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entlasteten. Die Landesregierung soll daher gebeten werden, im Bundesrat Initiativen zuzustimmen, welche das Ziel verfolgen, bundesweit einheitliche Netzentgelte auf Übertragungsnetzebene einzuführen.

## TOP 6

Seit der Einführung der Vorverlegung der Sozialversicherungspflicht vor über zehn Jahren, litten Unternehmen nicht nur unter doppelter Arbeit, sondern auch unter ungewöhnlich hohen bürokratischen Mehrbelastungen, befindet die Koalition. Daher bringt sie einen Antrag ein, durch den die Landesregierung gebeten werden soll, sich im Rahmen einer mehrheitsfähigen Bundesratsinitiative für eine Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge auf den Stand vor der Einführung am 1. Januar 2006 einzusetzen.

## TOP 7 (a+b+c)

(a) Die Landesregierung legte im November 2016 den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2017/2018 (HBG) vor. Das HBG nimmt im Landeshaushalt eingeplante Änderungen an anderen Gesetzen vor. Konkret geht es um die Änderung der Landeshaushaltsordnung, des Grundsicherungsgesetzes und des Gesetzes über das Sondervermögen des Landes. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

(b) Die Landesregierung legte im November 2016 den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 vor. Die Einnahmen und Ausgaben für 2017 belaufen sich demnach auf rund 11,2 Milliarden Euro, für 2018 sind 11,3 Milliarden Euro geplant. Der Ausschuss für Finanzen hat eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Annahme des Gesetzentwurfs vorsieht.

(c) Die Landesregierung bat im November 2016 mit einem Antrag um die Änderung des Tilgungsplans der 2010 und 2011 aufgenommenen Nettokredite in Höhe von insgesamt 821 Millionen Euro. Die mit dem Haushaltsaufstellungsverfahren vorgenommene Neubewertung der Finanzlage des Landes mache diese Änderung nötig, heißt es im Antrag. Die Tilgung soll nun ein Jahr später (bis 2021) erfolgen als bisher geplant. Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

## TOP 8

Es sei absehbar, dass die im Jahr 2017 zu realisierenden Neueinstellungen von Lehrkräften über dem zu erwartenden Potenzial von Bewerberinnen und Bewerbern mit vollständiger Lehrerausbildung liegen werde, so die Fraktion DIE LINKE. Die Notwendigkeit, auf die Bewerbungen von Seiteneinsteigern zurückzugreifen, werde zunehmen. Die Fraktion bringt daher ihren Antrag mit dem Ziel ein, den Lehrkräftebestand zu sichern und auszuweiten.

## TOP 9

Die Landesregierung bringt einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, der zu einer Änderung des Rettungsdienstgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt führen soll. Mit der Änderung des Gesetzes werde in erster Linie eine Anpassung des Rettungsdienstes an Bundesrecht bezweckt. Gleichzeitig würden Auswahlverfahren von Leistungen des Rettungsdienstes neu geregelt. So seien unter anderem „Verlegungsfahrten im Rahmen der qualifizierten Patientenbeförderung“ Teil des Gesetzes, was ein vielfach geäußelter Wunsch aus Fachkreisen gewesen sei.

## TOP 10

Die im SGB VI vorhandenen Übergangsregelungen gelten bis zum 30. September 2017. Nach ihrem Ablauf würde es zu einer Einkommensanrechnung und damit zu einer unzumutbaren Kürzung von vorzeitigen Alters- und Erwerbsminderungsrenten ehrenamtlich Tätiger kommen, erklärt die Fraktion DIE LINKE. Daher fordert sie die dauerhafte Nichtanrechnung von Aufwandsentschädigungen als Hinzuverdienst für alle ehrenamtlich Tätigen, da sie unter Wahrung der Gleichbehandlung die besondere Bedeutung des Ehrenamtes für unsere Gesellschaft unterstreiche und das Interesse an ehrenamtlicher Arbeit fördere.

#### TOP 11

Laut Fraktion DIE LINKE leisteten die Ortsfeuerwehren in Sachsen-Anhalt einen wichtigen Beitrag zur Abwehr von Brandgefahr, zur Brandbekämpfung, zur Hilfe bei Unglücksfällen und zur Gefahrenabwehr im Katastrophenfall. Durch einen Antrag der Fraktion sollen sie unterstützt und leistungsstark erhalten werden – beispielsweise im Zuge der Neufassung des Brandschutzgesetzes.

#### TOP 12

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich mit einem Antrag für den Freifunk ein. So soll der Landtag Freifunkinitiativen als wichtige Akteure, die einen freien Internetzugang schaffen, anerkennen. Die von den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Thüringen im Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderung, Freifunkinitiativen als gemeinnützig in der Abgabenordnung einzuordnen, soll begrüßt und zugestimmt werden.

#### TOP 13

In den kommenden Wochen will der Bund mittels Grundgesetzänderung beschließen, die Verwaltung der Bundesstraßen einer Infrastrukturgesellschaft zu übertragen. Die betroffenen Mitarbeiter seien bei diesem Umbau nicht beteiligt, kritisiert DIE LINKE. Sie bringt daher einen Antrag ein, durch den die fachlich unbegründete Abschaffung der Auftragsverwaltung der Länder für die Bundesautobahnen abgelehnt, die Forderung der Beschäftigten nach sofortiger Mitbestimmung unterstützt und die Grundgesetzänderung sowie das Begleitgesetz so lange abgelehnt wird, bis eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur ausgeschlossen ist.

#### TOP 14

Durch einen Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, die Schlosskirche Wittenberg nicht der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) oder anderen unentgeltlich zuzuwenden und – falls schon geschehen – die unentgeltliche Zuwendung wieder rückgängig zu machen. Die Landesregierung habe ihr gesamtes Handeln auf eine sparsame Verwendung von Steuermitteln auszurichten, so die AfD.

#### TOP 15

Bei einem Bestand von circa 30 000 Pferden im Land Sachsen-Anhalt bilde ein Landgestüt einen zentralen Anlaufpunkt für die Pferdewirtschaft, so die Meinung der AfD-Fraktion. Durch einen Antrag der AfD soll die Landesregierung alle notwendigen Maßnahmen einleiten, die einen weiteren Betrieb der Landgestüt Sachsen-Anhalt GmbH vollumfänglich gewährleisten. Zudem sollen die Grünland- und Ackerflächen des Landgestüts sowie deren Hofstelle im Landesbesitz verbleiben.

#### TOP 16

Die Landesregierung soll durch einen Antrag der AfD-Fraktion aufgefordert werden, sofort alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die Sicherheit der Bevölkerung vor den rund 80 in Sachsen-Anhalt lebenden Wölfen und den Fortbestand der Weidetierhaltung vollumfänglich zu gewährleisten. Darüber hinaus soll sich die Landesregierung im Bundestag für einen gesamtdeutschen Managementplan zum Wolf einsetzen.

#### TOP 17

Durch den AfD-Antrag „Organisierten Islamismus bekämpfen – Religionsfrieden sichern“ soll die Landesregierung aufgefordert werden, alle offiziellen Kontakte und Dialoge mit der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB e. V.) abubrechen, die Gemeinnützigkeit von DITIB als Moscheedachverband und der in ihr organisierten

Moscheevereine überprüfen zu lassen und DITIB mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu überwachen.

#### TOP 18

Die Fraktion DIE LINKE bringt einen Antrag in den Landtag ein, durch den eine Vertretung aus dem Land Sachsen-Anhalt mit dem Schwerpunkt Heimat und Brauchtum für den ZDF-Fernsehrat bestimmt werden soll. Auf Basis des Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrags soll der Museumsverband Sachsen-Anhalt e. V. entsendet werden.

#### TOP 19

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im März die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

#### TOP 20

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, zu verschiedenen Verfassungsgerichtsverfahren keine Stellungnahme abzugeben. Über die Beschlussempfehlungen wird per Konsensliste abgestimmt.

#### TOP 21

Die Landesregierung sollte auf Antrag der AfD-Fraktion vom Dezember 2016 aufgefordert werden, die Vollverschleierung in Sachsen-Anhalt überall dort zu verbieten, wo es rechtlich möglich sei. Hierzu sollte die Landesregierung eine umfassende Prüfung vornehmen, in welchen Bereichen des öffentlichen Lebens ein Verbot der Vollverschleierung Anwendung finden kann. Der Ausschuss für Inneres und Sport hat nun eine geänderte Fassung des Antrags zur Zustimmung empfohlen.

#### TOP 22

Die Fraktion DIE LINKE hatte im Juni 2016 einen Antrag eingebracht, durch den der Landesregierung ein Umsteuern in der Wirtschaftsförderung dringend nahegelegt wurde. Der Antrag war in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung überwiesen worden, wo nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet wurde, den Antrag für erledigt zu erklären.

#### TOP 23

Die Landesregierung sollte laut eines Antrags der Fraktion DIE LINKE vom Oktober 2016 aufgefordert werden, die für 2016 noch ausstehenden Zuwendungsbescheide für die Jugendarbeit, Jugendverbände, Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes unverzüglich zu bewilligen und den Trägern die notwendigen Mittel zukommen zu lassen. Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfiehlt nun, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.